

Das Lied der Exekutive

Autor(en): **Gschwend, Meinrad**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **19 (2012)**

Heft 209

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-884761>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DAS LIED DER EXEKUTIVE

von Meinrad Gschwend



Wenn Zweckgemeinschaften in der Politik an die grosse Glocke gehängt werden, dann ist meist von Allianzen, heiligen und anderen, die Rede. Das gilt vor allem für den Politikzirkus, wie er in Parlamenten aufgeführt wird. Noch viel ausgeprägter finden sie sich in den Exekutiven. Davon ist in der Öffentlichkeit kaum etwas zu hören, weil die Mitglieder an das Kollegialitätsprinzip gebunden sind. Alle haben alles zu vertreten.

Wer hat wie abgestimmt? Wer hat was dazu gesagt? Wer mit wem? Wenn sich die Akteure an das Amtsgeheimnis halten, können Öffentlichkeit und Medien über diese Fragen höchstens spekulieren. So passiert es, dass Ratsmitglieder Lob erhalten für Projekte, für die sie gar nichts gemacht haben oder umgekehrt, dass sie völlig ungerechtfertigt kritisiert werden. Wer einmal in einer Exekutive mitgearbeitet hat – egal ob auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene – kann ein Lied davon singen.

★

«Wir sitzen im gleichen Boot und bilden eine Schicksalsgemeinschaft.» Ein klassischer Satz des Präsidenten an der ersten Sitzung eines Gemeinderates. Von Gemeindepräsidenten wird immer wieder betont, Gemeinderatsarbeit sei keine Partei-, sondern Sachpolitik. Dabei wäre Interessenspolitik präziser. Wie eine Gemeinde verwaltet wird, ist in vielen Bereichen vorgegeben. Und doch gibt es Spielraum.

In meiner ersten Amtsdauer als Stadtrat setzte sich dieser aus fünf CVPlern, drei FDPlern und einem Grünen (mir) zusammen. Mit Fundamentalopposition wäre kein Blumentopf zu gewinnen gewesen. Anders mit konkreten Vorschlägen. Beispielsweise zur nachhaltigen Energie – damals noch Alternativenergie genannt. Das war in den neunziger Jahren noch lange kein salonfähiges Thema. Es gab damals im Kanton St.Gallen erst vier Gemeinden mit dem Label Energiestadt. «Man könnte ja schon.» «Wir warten lieber, bis es billiger wird, bis es sich in anderen Gemeinden bewährt.» «Wir haben wichtigere Aufgaben.» Eine Mehrheit des Stadtrates hat noch gemeint, eine Stadt mit über 10'000 Einwohnern brauche weder Internet noch E-Mail-Anschluss.

Dass die Alternative zum Faxgerät Vorteile haben könnte, setzte sich als Haltung bald durch. Bei der Energiesache waren es erst zwei, dann drei Ratsmitglieder und schliesslich eine Mehrheit. Diese war bereit, einen Weg einzuschlagen, der wenigstens zum Label «Energiestadt» geführt hat.

«Gibst du mir, dann geb ich dir auch.» Nach diesem Motto funktionieren diese Gremien.

★

Baugewerbler sind in den kommunalen Behörden eine verbreitete Spezies. Versicherungsleute auch. Kein Wunder, denn eine mittelgrosse St.Galler Gemeinde hat für Versicherungsprämien mit mehreren 100'000 Franken pro Jahr in die Tasche zu greifen. Ende der Neunziger gingen als Folge einer Marktlockerung die ersten Gemeinden dazu über, ihre Versicherungen neu auszuschreiben. Anspruchsvoll, wenn man mindestens einen Vertragspartner in den eigenen Reihen hat. Wieder begann das Spiel mit der Idee: «Man sollte zumindest einmal hinschauen.» Dass Handlungsbedarf bestand, zeigte sich darin, dass sämtliche Versicherungsvertreter, die in den letzten Amtsdauern im Rat vertreten waren, ihre Spuren im Versicherungsportefeuille der Stadt hinterlassen hatten.

Anliegen im Sinne von «Da sollten wir einmal hinschauen» werden in der Regel mehrmals vom Tisch gewischt. Sie müssen wiederholt und am besten von verschiedenen Seiten eingebracht werden. Die Umstände können einem in die Hand spielen. Damals war es der Spardruck. Natürlich war klar, dass die Pfründe beschnitten werden konnte und dass es hitzig zu und her gehen könnte. Angesichts des Konfliktpotentials war es fast schon selbstverständlich, dass sich die beiden Grossparteien nicht die Finger verbrennen wollten. Die Aufgabe wurde dem Aussenseiter übertragen. Mit Hilfe einer externen Fachperson wurde das Versicherungswesen durchforstet, neu ausgeschrieben und schliesslich neu vergeben. Das Resultat liess sich sehen: verbesserte und erweiterte Leistung bei einer gleichzeitigen Einsparung von weit über 100'000 Franken.

Je mehr sich die Gemeinderäte abwechseln und neu zusammensetzen, je spannender ist die Arbeit in einer Behörde. Ob das, was dann rauskommt, besser ist, steht in einem anderen Kapitel.

Meinrad Gschwend, 1958.

Der freie Journalist wurde 1996 in den Altstätter Stadtrat gewählt, erreichte 2000 als Aussenseiter das beste Wahlergebnis aller Kandidierenden und wurde vier Jahre später abgewählt. Seit 2004 politisiert er für die Grünen im St.Galler Kantonsrat.